Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,69 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wochentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Verl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 20. September 1927 76. Jahrgang. Nr. 955

Das Echo der Tannenberg-Rede.

s **Berlin**, 19. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Die kurzen markigen Worte Hindenburgs, mit denen er bei der Weihe des Tannenberg-Nationaldenkmals die Schuld Deutschlands am Kriege ablehnte, haben in politischen Kreisen stark überrascht und allenthalben die Frage aufgeworfen: Was ist mit dieser Aktion bezweckt? In einzelnen Blättern ist die Lesart vertreten, diese Rede sei eine Generalfeldmarschallsrede und man habe sie vorher in den für die Außenpolitik verantwortlichen Kreisen nicht gekannt. Das ist unzutreffend, die maßgebenden Stellen waren über Form und Inhalt der Rede völlig unterrichtet. Es wäre ja auch unverfassungsmäßig, wenn der Reichspräsident in irgend einer Weise in die Politik eingreifen würde, und gerade Hindenburg achtet so streng auf die Verfassung und seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten, daß er sich eines derartigen auch nur leisesten Verstoßes oder des Versuches eines Verstoßes nie schuldig machen würde. Man muß die ganze Aktion lediglich als ein weiteres Glied in der Kette der Aufrollung der Kriegsschuldfrage durch deutsche Staatsmänner auffassen. Wir dürfen diese Frage nicht ruhen lassen, und deshalb haben schon Männer wie Rathenau, Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsaußenminister Dr. Rosenberg, Reichskanzler Dr. Luther, Reichskanzler Dr. Marx und auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann, seit Jahr und Tag in öffentlichen Reden und Erklärungen und in den vertraulichen Besprechungen mit den Staatsmännern der Entente, immer wieder diese Frage angeschnitten. Ob sie im Augenblick Erfolg verspricht, kann dahingestellt bleiben, ebenso die zweite Frage, ob der jetzige Zeitpunkt, wo die Genfer Tagung fast zu Ende geht, und Chamberlain aus Genf bereits abgereist ist, der erfolgversprechendste war. Es bedarf keiner Frage, daß dem Reichspräsidenten dieser Makel, der durch den Vertrag von Versailles dem deutschen Volk mit brutaler Machtgebärde aufgebrannt ist, besonders am Herzen liegt, und daß er als der militärische Führer im Weltkriege in seinem hohen Verantwortungsgefühle an der Stätte, die so eng mit seinem Namen und seinem Ruhme verknüpft ist, sich schützend vor seine Soldaten stellen wollte, die lebenden wie die im Kriege gefallenen Helden mit der ganzen Macht seiner Autorität gegen diesen Vorwurf zu schützen und das Weltgewissen wachzurütteln. Warum sollte es uns als Deutsche nicht erlaubt sein, das, was uns so sehr am Herzen liegt, und wo wir uns schuldlos fühlen, laut auszusprechen, wo doch Herr Poincaré und auch neuerdings belgische Staatsmänner und Minister, jede Gelegenheit wahrnehmen, bei der Einweihung von Kriegerdenkmälern immer wieder die These von der Kriegsschuld Deutschlands an vorderste Stelle zu rücken? Glaubt man sich auf der Gegenseite in seinem guten Recht, schön, so mag man den deutschen Vorschlag, der schon wiederholt gemacht worden ist, endlich annehmen und den ganzen schwierigen Fragenkomplex durch einen neutralen Gerichtshof dem Vorschlage Hindenburgs entsprechend untersuchen lassen.

Die „Tägliche Rundschau" nennt die Äußerung Hindenburgs ein „befreiendes Wort" und spricht ihre Freude an Hindenburgs mannhaftem Wort aus. Sie dankt ihm dafür, daß „er gesagt hat, was gesagt werden mußte, und was immer gesagt werden muß, so lange, bis das moralische Gewissen erweckt und die Kriegsschuldlüge preisgegeben worden ist, wie so viele andere Kriegslügen gegen Deutschland preisgegeben werden mußten." Das „Berliner Tageblatt" betont mit Recht: „Jenes Versailler Verdikt, das Deutschland mit der Alleinschuld belastet, gilt für uns nicht, da es ohne eine Rechtsgarantie, ohne Anhörung des Verklagten, von parteiisch interessierten und zum Teil selbst der Mitschuld verdächtigen Richtern beschlossen worden ist. Deutschland kann und muß, wenn überhaupt die Schuldfrage noch eine Rolle spielen soll, eine unparteiische Untersuchung verlangen." Das demokratische Blatt übt aber insofern an den Worten Hindenburgs Kritik, als es meint: „Reden, wie die Hindenburgs, sind, weil sie zuviel sagen wollen oder zu weitgehend ausgelegt werden können, für das berechtigte Streben nach unparteiischer Untersuchung nur erschwerend und hinderlich." Daß der „Vorwärts" über die politische Aktion des Reichspräsidenten ungehalten sein würde, konnte man sich von vornherein vorstellen. Er findet, daß „der Rahmen für eine solche Erklärung des früheren kaiserlichen Generalfeldmarschalls, abgegeben im Kreise der Ludendorff, Mackensen usw., im Rahmen einer Feier zum Ruhme der alten kaiserlichen Generalität, nicht besonders glücklich gewählt war. Aber ganz abgesehen davon," so meint das sozialistische Hauptorgan, „welchen Zweck hatte es, den Reichspräsidenten in eine Aktion hineinzutreiben, der, wie jedermann weiß, ein Mißerfolg von vornherein sicher ist. Eine unparteiische Untersuchung der Kriegsursachen würde sicher keinen „Alleinschuldigen" am Kriege feststellen können, wohl aber würde sie zeigen, wie unverantwortlich und gewissenlos in Deutschland und in ganz Europa vor dem Kriege regiert worden ist. An dem Vertrage von Versailles würde sie nichts ändern." Das Blatt schließt mit den pessimistischen Worten, daß „die unparteiische Untersuchung nicht kommen und die Welt auf den Appell des Reichsoberhauptes mit einem Achselzucken antworten wird." Im gleichen Pessimismus bewegen sich die Ausführungen des „Achtuhr-Abendblattes", das gleichfalls gerade im Hinblick auf die letzte Ablehnung eines Schiedsgerichts in der Franktireur-Frage durch Belgien den Beweis zu erblicken glaubt, daß „gegenwärtig der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, zu dem eine eingehende und vorurteilslose Erörterung über die Frage der Kriegsschuld möglich wäre." Immerhin meint dieses linksgerichtete Blatt, daß durch diese Rede des Reichspräsidenten diese Frage aber wieder in den Vordergrund der politischen Diskussion gerückt worden ist. Die „Deutsche Tageszeitung" erblickt in dem Rufe Hindenburgs eine „Erlösung von schwerem Druck" und betont, daß „diese ehernen Worte als Wahrzeichen neben dem gewaltigen Tannenbergdenkmal stehen, neben der weltgeschichtlichen Befreiungstat die Erfüllung eines sittlichen Gebotes, die uns in der Zukunft den Weg ins Freie bahnen soll." Mit Recht erwähnt die „Deutsche Tageszeitung", daß Poincaré im Bunde mit den belgischen Chauvinisten die Einlösung der von Vandervelde gegebenen Zusage bezüglich einer unparteiischen Untersuchung des deutsch-belgischen Franktireur-Streits hintertrieben habe" und knüpft daran die Frage: „Kann es einen besseren Beweis geben, wo in der Kriegsschuldfrage das gute und wo das schlechte Gewissen zu suchen ist? Schwer betroffen durch die Hindenburgworte, deren besondere Wirkung auf die Welt sie voraussieht, verschanzt sich die französische Presse hinter der alten Ausrede, die Frage der Schuld am Kriege sei durch rechtskräftiges Urteil längst entschieden. Sie vergißt nur zu sagen, daß damals die Ankläger, und unter ihnen sogar die wahren Schuldigen am Kriege, zugleich Richter waren und daß kaum jemals ein solch eklatanter und leicht nachweisbarer Fall von brutaler Rechtsbeugung bekannt geworden ist." Das Blatt sagt dann zum Schluß, daß „durch die Wucht dieser Worte aber das Fundament gelegt worden ist, auf dem die Führer des deutschen Volkes weiterbauen können, um Deutschland nach und nach wieder die ihm gebührende Stellung in der Welt zu erringen."

*

Der „Temps" über Hindenburgs Tannenbergrede.

‡ **Paris**, 19. Sept. Die Berichte über die Feier anläßlich des Jahreskongresses der Amerikanischen Legion und der Einweihung des Gebeinhauses in Verdun lassen trotzdem noch der Pariser Presse Raum genug, um ausführlich auf die gestrige Rede des Reichspräsidenten Hindenburg zu sprechen zu kommen. Die Rechtspresse kann es sich hierbei natürlich nicht versagen, von dem „Zwei-Deutschland" zu sprechen und aufs neue den Friedenswillen Deutschlands zu verdächtigen. So meint u. a. der „Temps", wenn nicht ein Teil Deutschlands von Haß und Revanchegedanken gegen Frankreich beseelt wäre, wäre die Atmosphäre in Europa sicher anders als sie tatsächlich ist. Die Rede Hindenburgs und die Einweihungsfeier des Tannenbergdenkmals gestatten nicht, den Worten Dr. Stresemanns Glauben zu schenken, daß Deutschland mehr und mehr den Ideen von Locarno anhänge. Es sei daher ein Verbrechen gegen sich selbst, wenn man sich ohne Sicherheitsgarantien auf den Weg der Abrüstung begebe und Frankreich Verteidigungsmittel und -Kräfte aufgebe. Das Blatt findet es begreiflich, daß Dr. Stresemann die völlige Befreiung des deutschen Bodens zu erreichen und Frankreich zu überzeugen versucht, daß das ganze deutsche Volk ohne Hinter- und Revanchegedanken sei. Der Reichsaußenminister würde aber zweifellos eine ziemlich schlechte Meinung für Frankreichs Sinn für politische Wirklichkeiten haben, wenn Frankreich dieser Versicherung gegenüber nicht ausdrückliche Vorbehalte machte. — Diese Bemerkungen des „Temps" zeigen auf das deutlichste, daß Frankreich jeder, auch der ungeeignetste Vorwand recht ist, um seine Rüstungsbedürfnisse zu bemänteln; denn seit wann steht die Kriegsschuldfrage mit der französischen Sicherheit in Zusammenhang?

Der Eindruck der Hindenburg-Rede in Brüssel.

tu **Brüssel**, 19. Sept. **(Tel.)** Sämtliche Brüsseler Zeitungen veröffentlichen unter fetten Überschriften lange Auszüge aus der Hindenburg-Rede in Tannenberg. Als einziges kommentiert das nationalistische Blatt „Nation Belge" die Rede und schreibt, die Erklärung über die Kriegsschuldfrage sei eine ernst zu nehmende und offizielle Protestaktion Deutschlands gegen die Schuld am Kriege. Hindenburg sei das konstitutionelle Staatsoberhaupt, daher engagiere diese die gesamte Regierung. Die Rede sei ein so scharfer Angriff gegen den Friedensvertrag von Versailles, daß die alliierten Regierungen unbedingt darauf antworten müßten.

Bei Kommentierung der Ansprache des Reichspräsidenten von Hindenburg anläßlich der Einweihung des Tannenbergdenkmals spricht die sozialistische Zeitschrift „Le Peuple" von Ausfällen des Reichspräsidenten, der nichts vergessen und nichts hinzugelernt habe. Wenn Hindenburg sage, daß Deutschland bereit sei, Rechenschaft vor einem unparteiischen Schiedsgericht abzulegen, so sei zu fragen, ob nicht diese Rede das Ergebnis deutschnationalistischer Manöver sei, dazu bestimmt, Stresemann zu zwingen, seine Ansicht, daß die Franktireur-Enquete inopportun sei, aufzugeben.

Londoner Stimmen.

‡ **London**, 19. Sept. Die Londoner Blätter veröffentlichen ausführliche Pariser Pressestimmen über den Eindruck der Hindenburgrede, ohne jedoch selber Stellung zu nehmen. Allein die „Evening News", das Schwesterblatt der „Daily Mail", nimmt heute abend kritisch Stellung. Das Blatt meint, es sei ein bißchen früh, heute schon ernsthaft sagen zu wollen, daß Deutschland keine Verantwortung für den Krieg trage. Die Zurückweisung der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg sei in einer Sprache gehalten, die fast zu abfurd sei, um ernst genommen zu werden. Des weiteren behandelt das Blatt dann die Rede Hindenburgs in dem bekannten, auf den Geschmack des Pöbels zugeschnittenen Stile der „Daily Mail", dem keine politische Bedeutung beigemessen werden kann.

Vertagung der ungarisch-rumänischen Streitfrage.

tu **Genf**, 19. Sept. **(Tel.)** Der Völkerbundsrat trat heute vormittag um 11 Uhr zur Weiterberatung des ungarisch-rumänischen Streitfalles zusammen. Briand, der zwar an der Sitzung teilnahm, hatte jedoch nicht am Ratstisch Platz genommen. Frankreich wurde im Rat durch Paul Boncour vertreten.

Als erster Redner wies der italienische Delegierte, Sciaioja, darauf hin, daß der Rat nach Artikel 11 des Völkerbundspaktes die Pflicht habe, im Falle der Gefahr eines internationalen Konfliktes alle Mittel zur Regelung des Streitfalles anzuwenden. Er sei deshalb in dem gegenwärtigen Streit verpflichtet, zunächst Vorschläge zur Einigung der Parteien zu machen. Dem Rat ständen keine Sanktionsdrohungen zur Verfügung. Der Redner stimmte den Empfehlungen des Ratskomitees in einigen Teilen zu, lehnte jedoch die Folgen ab, die das Komitee für den Fall einer Nichtgenehmigung der Parteien vorschlägt. Die Einholung eines Rechtsgutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes sei empfehlenswert.

Sodann machte der Präsident des Völkerbundsrates, Villegas, einen Einigungsvorschlag. Der Rat wolle die juristischen Empfehlungen des Ratskomitees annehmen und die beiden streitenden Delegationen auffordern, ihren Regierungen diese Empfehlungen als Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen zu empfehlen. Die beiden Regierungen sollten bis zur Dezembertagung zu den juristischen Empfehlungen des Rates Stellung nehmen und ihren Standpunkt durch Vermittlung des Völkerbundssekretariats den Ratsmitgliedern zur Kenntnis bringen. Falls bis zum Dezember eine Einigung zwischen den beiden Parteien nicht zustande kommt, soll der Rat auf seiner Tagung in eine neue Prüfung des Streitfalles eintreten.

Der ungarische Delegierte, Graf Apponyi, legte noch einmal in großen Zügen den Standpunkt der ungarischen Regierung dar. Er erklärte, daß es ihm trotz ernsthaftester Prüfung nicht möglich sei, die Empfehlungen des Ratskomitees anzunehmen. Er kenne nicht die Verhandlungen, die dem Gutachten des Ratskomitees zu Grunde lägen, und sähe darin einen Akt der Geheimdiplomatie, der den Grundsätzen des Völkerbundes zuwiderlaufe. Der Rechtsgrundsatz des Ratskomitees, der keine Unterscheidung zwischen den Ausländern und Inländern bei den Enteignungs-Maßnahmen vorsähe, entspreche dem Standpunkt der Sowjetregierung, die bei der entschädigungslosen Enteignung des gesamten Grundbesitzes auf die Stellungnahme der Ausländer keine Rücksicht genommen habe. Die Moskauer Regierung werde zweifellos den Standpunkt des Rates als Unterstützung ihrer Enteignungsmaßnahmen auffassen. Graf Apponyi betonte, er lehne die Versuche zu einer Einigung nicht ab, er halte aber die Aussichten für eine Einigung mit der rumänischen Regierung für wenig aussichtsreich. Es beständen Gegensätze des Prinzips zwischen den beiden Regierungen, die endgültig nur durch eine schiedsgerichtliche Entscheidung aus der Welt geschafft werden könnten. Der Friede Europas sei durch diesen Konflikt nicht bedroht. Es gebe Differenzen zwischen Ungarn und Rumänien, die aus den Bestimmungen des Vertrages von Trianon herrührten, jedoch seien die Beziehungen zwischen beiden Ländern gegenwärtig korrekter Art. Der Redner betonte, der Vertrag von Trianon gewähre den ungarischen Optanten Rechte, die durch keinerlei nationale Gesetzgebung abgeändert werden könnten. Dies sei der prinzipielle Gegensatz, über den eine Einigung zwischen den beiden Regierungen nicht möglich erscheine. Graf Apponyi beantragte sodann, eine Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes herbeizuführen, ob die Rechtsgrundsätze des Gutachtens des Ratskomitees in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages von Trianon ständen und erbat hierüber eine Abstimmung des Rates.

Außenminister Chamberlain beklagte sich im weiteren Verlauf der Sitzung in bitteren Ausdrücken über die unnachgiebige Haltung der ungarischen Delegation. Während der rumänische Delegierte die Vorschläge des Ratskomitees angenommen habe, habe der ungarische Delegierte nicht einen Zoll breit Entgegenkommen gezeigt. Chamberlain erklärte, er schließe sich dem am Samstag von Dr. Stresemann gemachten Vorschlag an, zunächst die Empfehlungen des Gutachtens anzunehmen und in dem Falle, daß eine Einigung zwischen den beiden Parteien nicht zustandekomme, ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes einzuholen.

Der japanische Delegierte Sato betonte, daß er sich gleichfalls auf den Standpunkt des Gutachtens des Ratskomitees stelle und den heutigen Antrag des Präsidenten Villegas unterstütze.

Um 1 Uhr wurde die Sitzung auf den Nachmittag vertagt, da eine Einigung auch heute vormittag nicht erzielt werden konnte.

Die Debatte in der heutigen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates nahm einen äußerst lebhaften Verlauf. Graf Apponyi gab zunächst nochmals die Erklärung ab, daß er, obwohl er die Aussicht für eine Einigung als äußerst gering ansehe, grundsätzlich zu neuen Verhandlungen mit der rumänischen Regierung bereit sei. Die ungarische Regierung könne jedoch nicht ihren rechtlichen Standpunkt aufgeben, und auf die Rechtsbasis des Vertrages von Trianon verzichten.

In längeren Ausführungen legte hierauf Dr. Stresemann noch einmal seinen Standpunkt zu dem Streitfall dar. Er wies zunächst auf seinen bereits am Samstag eingebrachten Antrag hin, den Bericht des Ratskomitees, soweit er sich auf die rechtlichen Empfehlungen beziehe, als Basis anzunehmen, auf der sich die Parteien zur vergleichsweisen Regelung des Falles zusammenfinden könnten. Da gegenwärtig ein Definitivum nicht zu erreichen sei, müsse den beiden Parteien Gelegenheit gegeben werden, das Gutachten ihrer Regierungen zur Stellungnahme zu übermitteln, damit der Rat dann im Dezember zu einer endgültigen Stellungnahme gelangen könne. Dr. Stresemann wies sodann darauf hin, daß die Empfehlungen des Ratskomitees der Kritik der Öffentlichkeit ausgesetzt werden müßten. Wenn die rechtlichen Argumente des Gutachtens der öffentlichen Kritik nicht standhalten würden, so würde dies zweifellos zum Ausdruck gelangen und nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung des Rates bleiben können. Seine Anregung vom Samstag, ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes über die Übereinstimmung der rechtlichen Empfehlungen mit dem Vertrage von Trianon einzuholen, wenn eine Einigung zwischen den beiden Parteien auf Grund des Gutachtens des Ratskomitees nicht erfolgen sollte, halte er nach wie vor aufrecht. Dr. Stresemann hob sodann hervor, daß die Bemühungen des Rates nur auf eine Einigung der Parteien ausliefen. Es würde nunmehr an den Parteien sein, bis zur Dezembertagung des Rates ihre endgültige Stellungnahme auf der Basis des Gutachtens des Ratskomitees dem Rat bekanntzugeben.

In sehr erregtem, fast schreiendem Tone ergriff sodann der rumänische Außenminister Titulescu das Wort, um im großen seine bereits am Samstag vorgebrachten Anschuldigungen gegen die ungarische Regierung zu wiederholen.

Die Debatte wurde durch eine kurze sachliche Bemerkung des Grafen Apponyi geschlossen, daß er dem Vorschlag des Präsidenten Villegas zustimme. Hierauf beschloß der Rat, wie bereits gemeldet, **die rechtlichen Empfehlungen den beiden Regierungen als Basis für ihre endgültige Stellungnahme in dem Streitfall zu überweisen und auf der Dezembertagung des Rates zu einer neuen Behandlung des Falles zu schreiten.**

Vandervelde und der belgische Ministerrat.

‡ **Brüssel**, 19. Sept. Ueber den heutigen Ministerrat ist folgendes offizielle Communiqué ausgegeben: Der Ministerrat ist heute nachmittag zusammengetreten und hat die Erklärungen Vanderveldes in bezug auf die Ablehnung der Wiederwählbarkeit Belgiens in den Völkerbund entgegengenommen, sowie seinen Bericht über die verschiedenen Besprechungen, die er mit den Außenministern anderer Länder in Genf gehabt hat. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wurde, daß der Ministerrat die Erklärung Vanderveldes zur Kenntnis genommen hat und seine wirksamen Demarchen bei den anderen Außenministern gebilligt werden. Der Ministerrat billigte außerdem die Erklärungen, die Vandervelde nach dem Wahlgang in Genf für die belgische Regierung abgab.

Es wird hier viel bemerkt, daß dieses Communiqué keine völlige Billigung der Haltung Vanderveldes enthält, insbesondere auch nicht der ersten Rede, die Vandervelde bei der allgemeinen Debatte in Genf gehalten hat. Wie von zuständiger Stelle bekanntgegeben wird, sind Dr. Stresemann und Vandervelde übereingekommen, die Enquete über die Franktireurs nicht stattfinden zu lassen. Es wird außerdem als wahrscheinlich bezeichnet, daß zwischen dem belgischen Außenminister und dem holländischen Außenminister Uebereinstimmung darüber erzielt worden ist, daß die Besprechungen in der Schelde-Frage wieder aufgenommen werden sollen. Der holländische und der belgische Außenminister haben die Reise von Genf nach Brüssel zusammen gemacht.

Die Rückreise des Reichspräsidenten.

w **Pillau**, 19. Sept. **(Tel.)** Gegen 12 Uhr mittags traf der Reichspräsident mit dem Sonderzuge in Pillau ein, um sich zur Rückreise nach Swinemünde auf den Kreuzer „Berlin" einzuschiffen. Trotzdem von einer Aufstellung der Vereine auf Wunsch des Reichspräsidenten abgesehen worden war, hatten sich die Schulen Pillaus zur Begrüßung des Reichspräsidenten geschlossen eingefunden. Der Reichspräsident wurde auf dem Bahnhof von dem Bürgermeister von Pillau empfangen und zum Schiff geleitet, wo ihm der Landrat des Kreises Fischhausen die Wünsche der Insassen seines Kreises vortrug. Dann begab sich der Reichspräsident in Begleitung seines Gefolges auf den Kreuzer, dessen Ausfahrt unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung Pillaus um 14 Uhr erfolgte.

„Luftschlacht" über Warschau.

‡ **Warschau**, 19. Sept. **(Tel.)** Gestern fand über Warschau ein großes Flugzeugmanöver statt, das bis in die späte Nacht hinein dauerte. Über 50 Militärflugzeuge sowie Abwehrbatterien und Scheinwerfer-Abteilungen, nahmen daran teil. Es wurde ein Luftkampf markiert, bei dem 12 Flugzeuge den Feind darstellten. Die Übungen, die teilweise in geringer Höhe unmittelbar über den Häusern der Stadt ausgeführt wurden, sollten gleichzeitig der Propaganda für den Ausbau der polnischen Heeresflugzeug-Geschwader dienen.

Reichskanzler Marx und Reichsinnenminister von Keudell in Königsberg.

w **Königsberg**, 19. Sept. **(Tel.)** Der Reichskanzler und der Reichsminister des Innern sind heute morgen hier eingetroffen. Um 12 Uhr 30 Minuten fand ein Empfang im hiesigen Finanzamt statt, wobei zunächst der Präsident des Landesfinanzamtes dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister begrüßte und alsdann auf die schwierige Lage der Provinz hinwies. Der Reichskanzler erwiderte, daß die Reichsregierung in den Grenzen des Möglichen alles tun werde, um den Wünschen und der Notlage der Provinz Rechnung zu tragen.

Im Rathause fand heute nachmittag ein Empfang der kommunalen Körperschaften statt, an dem auch die Spitzen der Behörden und Organisationen teilnahmen. Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer gab nach Worten der Begrüßung ein eingehendes Bild der Entwicklung der Stadt Königsberg, und schilderte besonders die schwierige Lage, in die Königsberg und die Provinz Ostpreußen infolge der durch den Versailler Vertrag herbeigeführten Abschnürung gekommen seien. Er sprach den Wunsch und die Hoffnung aus, daß recht bald der Augenblick eintreten möge, wo Ostpreußen wieder mit dem Reich vereint sei. Schließlich sprach sich der Oberbürgermeister für die Schaffung eines besonderen Staatssekretariats für Ostpreußen aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die persönlichen Eindrücke des Reichskanzlers in Ostpreußen eine neue Aera der Ostmarken-Politik eingeleitet werde.

Darauf ergriff der Reichskanzler das Wort. Er führte aus:

Was mich hierher geführt hat, war vor allem das tiefempfundene Bedürfnis, jene unmittelbare persönliche Fühlung mit allen Kreisen der Bevölkerung herzustellen, die für den leitenden Staatsmann immer eines der wertvollsten Elemente seines Handelns bildet. Es lag mir aber auch daran, namens der Reichsregierung Ihnen hier die Versicherung abzugeben, daß wir uns unlöslich eins mit Ihnen fühlen und aus diesem Gefühl der innigsten Schicksalsverbundenheit es als eine der vornehmsten Pflichten des Reiches betrachten, Hand in Hand mit dem preußischen Staat an Ihren Nöten in jeder nur möglichen Weise helfend teilzunehmen. Ich komme von Tannenberg und Sie werden mir Recht geben, daß sich nicht in Worte fassen läßt, was das Erlebnis des gestrigen Tages für den verantwortlichen Leiter der deutschen Politik bedeutet, der zur Seite des Befreiers Ostpreußens auf dem blutgetränkten Boden der Befreiungsschlacht den Volksgenossen, die hier ihr Leben für die Heimat hingaben, in ehrfürchtiger Dankbarkeit huldigen durfte. Neben diesem Erlebnis des Sichversenkens in eine große Vergangenheit steht als zweiter gewaltiger Eindruck der Anblick dessen, was noch mitten im Ringen des Völkerkrieges aus den Trümmern zerstörter Siedlungen, dank unentwegten Schaffensmutes neu erstanden ist. Nur mit Wehmut vermögen wir auszudenken, wie glücklich die Entwicklung von Handel und Wandel, von Gesittung und Wohlstand hätten verlaufen können, wäre sie nicht durch das furchtbare Unheil des Weltkrieges und verhängnisvoller noch durch die Neugestaltung der Grenzen im Gefolge des unglücklichen Kriegsausganges unterbrochen worden.

Der Reichskanzler erinnerte dann an die Schaffung des Ostpreußen-Programms und fuhr fort: Wohl sind auch andere Gebiete des Deutschen Reiches durch neugeschaffene Grenzverhältnisse auf das empfindlichste in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt worden und deshalb berechtigt, vom Reiche Hilfe zu erwarten. Die Reichsregierung hat aber, — und dies gilt ganz besonders hinsichtlich des sog. Sofort-Programmes von 1926 und des Grenzfonds von 1927, — stets im Auge behalten, daß nirgends sonst in deutschen Landen, ja überhaupt nicht irgendwo auf dem europäischen Kontinent eine auf das engste mit dem Gesamtkörper des Reiches wirtschaftlich und kulturell verflochtene Provinz durch künstliche Abschnürung zur Insel gemacht worden ist und daß deshalb die völlige Ausnahmestellung der ostpreußischen Grenzgebiete in einer entschiedenen Bevorzugung bei der Zumessung der Reichshilfe zum Ausdruck kommen muß. Die Reichsregierung ist entschlossen, diese Politik in dem durch die ernste Finanzlage leider nun einmal unerbittlich gezogenen Rahmen auch in Zukunft folgerichtig fortzusetzen. Dabei gedenkt sie keineswegs nur an die finanzielle Unterstützung einzelner kultureller, caritativer oder produktionsfördernder wirtschaftlicher Unternehmungen. Vielmehr denkt sie darauf Bedacht zu nehmen, daß der Produktionsförderung eine Lastensenkung und insbesondere eine allgemeine Kreditverbilligung parallel geht. Das Reichskabinett besitzt volles Verständnis für den Wunsch Ostpreußens, seine Bedürfnisse und Anregungen bei einer damit besonders zu betrauenden Stelle bei der Reichsregierung in Berlin zur Sprache bringen zu können. Ich kann Sie auch versichern, daß ich dem Gedanken der sichtbaren Zusammenfassung an einer auch jederzeit zur persönlichen Entgegennahme ostpreußischer Wünsche bereiten Reichsstelle durchaus sympathisch gegenüberstehe.

Nachdem dann der Reichskanzler nochmals hervorgehoben hatte, daß die Auffassung der Reichsregierung über ihre Aufgaben gegenüber Ostpreußen bestimmt wird durch das Bewußtsein, daß die Reichsregierung mit der ihr vom Volke übertragenen Gewalt auch das volle Maß der Verantwortung übernommen hat für die bestmögliche Erfüllung der unverjährbaren Pflichten, die dem Gesamtvolk aus der Abschnürung Ostpreußens erwachsen, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit der Reichsregierung nicht nur die erhofften unmittelbaren Früchte zeitigen, sondern darüber hinaus einen starken Rückhalt bilden werde für den Willen der Zusammenfassung der Kräfte im Dienste friedlichen Wiederaufstieges.

Unzutreffende Meldungen.

S **Berlin**, 19. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)** Das „Berliner Tageblatt" bringt in seiner heutigen Abendausgabe eine Meldung, wonach die für den gestrigen Sonntag in Aussicht genommene Sitzung des Landesausschusses der Badischen Zentrumspartei, die sich mit dem Fall Wirth beschäftigen sollte, auf den nächsten Sonntag, den 25. September, verschoben worden sei, und glaubt weiter, daß noch vor dem Zusammentritt des Reichstages auch der Reichsausschuß des Zentrums nach Berlin einberufen werde, um zur politischen Lage im allgemeinen und dem Fall Wirth-Roeder-Weismantel im besonderen Stellung zu nehmen. Der bekannte verantwortliche parlamentarische Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts", der immer über Vorgänge im Zentrum sich so gut unterrichtet glaubt, bringt auch in der obigen Meldung wieder eine leere Kombination, denn von einem derartigen Zusammentritt des Reichsausschusses der Zentrumspartei ist bisher außer ihm niemand etwas bekannt.

Die „B. Z. am Mittag" hatte heute mittag die Meldung gebracht, daß der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Solf, dem Zentrum beigetreten sei. Auf besondere Erkundigungen hin können wir feststellen, daß in offiziellen führenden Zentrumskreisen hiervon nichts bekannt ist. Wohl ist es allerdings eine längst bekannte Tatsache, daß Dr. Solf sich schon seit langem zur Zentrumspartei und Zentrumspolitik hingezogen fühlt und hieraus auch kein Hehl macht.

Das in Insterburg erscheinende „Ostpreußische Tageblatt" ist auf drei Wochen wegen eines zu der Rede des Ministerpräsidenten Braun über den Flaggenstreit gebrachten Kommentars verboten worden.

Der unterdrückte Caritas-Kongreß.

Politische Gründe.

In Straßburg sollte Ende September der Erste Internationale Kongreß der Caritas stattfinden. Die Vorbereitungen waren bereits ziemlich weit fortgeschritten, als plötzlich ganz unerwartet die ganze Veranstaltung wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten abgesagt wurde. Über die Gründe erfährt man näheres aus der in Metz erscheinenden „Lothringer Volkszeitung". Die im Elsaß und in Lothringen vorhandene Organisation des Caritas-Verbandes ist eine Gründung aus deutscher Zeit. Es war nur zu natürlich, daß an dieser internationalen Veranstaltung auch hervorragende Persönlichkeiten aus dem deutschen Katholizismus teilnehmen sollten, so Kardinal-Erzbischof Dr. von Faulhaber aus München und Prälat Dr. Seipel aus Wien. Die Wirkung, die diese Nachricht in den maßgebenden Straßburger Kreisen auslöste, schildert das genannte katholische Blatt folgendermaßen:

„Und da bekam man es in Straßburg mit Knieschlottern zu tun. Man denke auch, wenn ein Msgr. Seipel von den Straßburger Katholiken applaudiert würde, vielleicht stürmisch, wie man das bei dem Weltruf Seipels nur zu leicht verstehen könnte; wenn ein Kardinal Faulhaber, der einst als Universitätsprofessor eine Leuchte der Straßburger Alma Mater gewesen ist, von seinen einstigen Schülern umjubelt würde; wenn gar in Straßburg Vergleiche gezogen würden zwischen der Organisation in anderen Ländern und der noch nicht organisierten Caritas in Frankreich: welche Gefahren mußte dann nicht ein solcher internationaler Caritas-Verband für die Assimilation des Elsasses an das Mutterland heraufbeschwören! Das war zuviel für nationalistische Herzen. . . ."

Die „Frankfurter Zeitung" läßt sich dazu noch ergänzend aus Straßburg melden:

„Außer den genannten Persönlichkeiten sollten u. a. noch Erzbischof Cordac von Prag, Prälat Dr. Kreutz von Freiburg, der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Bischof Dr. Waitz von Vorarlberg (dieser mit einer Rede über „Caritas und Völkerversöhnung") als Redner oder Mitglieder des Kongreßpräsidiums teilnehmen. Eine der führenden Persönlichkeiten sah sich letzthin schon zu der Mitteilung an den Arbeitsausschuß des Kongresses veranlaßt, daß man in Paris Bedenken gegen Straßbueg und das Elsaß als Tagungsort und das Auftreten gewisser Persönlichkeiten geäußert habe. Ein Versuch des Pariser Nuntius, den Kongreß durch Abschiebung nach einem neutralen Ort, etwa Luxemburg, zu retten, ließ sich nicht durchführen. In die ungewiß gewordene Lage platzte die Entscheidung des Straßburger Bischofs Ruch hinein, der sich weigerte, den Kongreß mit dem vorgesehenen Programm und der dadurch bedingten Zusammensetzung zu begrüßen oder durch das Domkapitel begrüßen zu lassen. So ist der Straßburger Caritasverband sabotiert worden, und ein Stück praktischer Annäherung der Völker, ein Stück der geistigen Zusammenarbeit, zu deren Pflege in Paris mit Pomp eine Zentrale eingerichtet wurde, bleibt ungetan, weil der Chauvinismus es nicht vertragen kann, daß auf dem dafür vorbestimmten Boden des Elsaß französische und deutsche Geistesarbeit miteinander verglichen werden können.

In einem Schreiben an den in Straßburg erscheinenden „Elsässer" verwahrt sich Msgr. Ruch gegen die Behauptung, seine Weigerung, an dem Kongreß der Caritas teilzunehmen, stelle ein Nachgeben gegenüber dem von den Staatsbehörden auf ihn ausgeübten Druck dar. Er habe sich bei seinem Entschluß lediglich nach den Weisungen des Hl. Stuhles gerichtet. Der peinliche Eindruck, daß hier eine religiös-caritative Veranstaltung mit Rücksicht auf die nationale Empfindlichkeit der Pariser Chauvinistenkreise und die Liebedienerei der assimilationsfreundlichen zivilen Behörden in Straßburg unterdrückt wurde, schreibt die „Germania", wird durch diese Erklärung allerdings kaum verwischt.

Volkspartei und Reichsschulgesetz.

b Berlin, 19. Sept. Der Hauptvorstand der Deutschen Volkspartei Berlin hat zur Frage des Reichsschulgesetzes eine Entschließung angenommen, die es dringend notwendig erklärt, baldigst ein Reichsschulgesetz zu schaffen, das eine ruhige und gesunde Entwicklung unserer Volksschule sichert. Die Deutsche Volkspartei erkennt den vorliegenden Entwurf im ganzen als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage an, erhebt aber bestimmte Forderungen. Insbesondere soll u. a. der der Gemeinschaftsschule zugewiesenen Stellung größere Sicherung gegeben und ihr christlicher Charakter unbedingt gewahrt werden. Sodann soll der Errichtung von leistungsunfähigen Zwergschulen vorgebeugt, die Schulhoheit des Staates eindeutig und zweifelsfrei festgelegt, die Gewissensfreiheit und Rechtssicherheit der Lehrer klarer gewährleistet werden. Endlich wird auch verlangt, daß die in Baden, Hessen usw. bestehenden christlichen Simultanschulen erhalten und mit ausreichendem Schutze zu versehen sind. Zum Schluß heißt es: „Die Deutsche Volkspartei Großberlins erwartet von den maßgebenden Stellen der Partei, insbesondere von der Reichstagsfraktion, daß sie alles daran setzen, daß ein Reichsschulgesetz zustande kommt, welches unseren christlichen wie auch unseren liberalen Forderungen entspricht. Sollte diesem Bemühen der Erfolg versagt bleiben, so ist das Gesetz abzulehnen."

Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei in Weimar faßte nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Geheimrats Dr. Runkel zum Reichsschulgesetzentwurf folgende Entschließung: „Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei in Thüringen sieht in dem Reichsschulgesetzentwurf nicht die Erfüllung dessen, was dem liberalen und nationalen Geiste entspricht. Er bittet die Reichstagsfraktion, durch ihre Mitarbeit an dem Gesetz dafür zu sorgen, daß die traditionelle Einstellung der Partei sich durchsetzt; wenn dies aber nicht gelingen sollte, das Gesetz abzulehnen. Der Landesausschuß sieht es als eine Selbstverständlichkeit an, daß Thüringen, als einem Lande mit einer nach Bekenntnissen nicht getrennten Schule der Schutz des Artikels 174 der Reichsverfassung gewährt wird."

Deutsches Reich

Die Geburtstagsfeier des Reichspräsidenten in Preußen.

‡ **Berlin,** 19. Sept. Entsprechend dem Wunsch des Reichspräsidenten, von besonderen Feiern aus Anlaß seines 80. Geburtstages abzusehen, wird auch die preußische Staatsregierung weder in Berlin noch in anderen Orten Preußens amtliche Feiern veranstalten. Das preußische Staatsministerium bestimmt ferner folgendes:

Sämtliche staatlichen Dienstgebäude sowie die Gebäude der Selbstverwaltungskörper haben am 2. Oktober in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen. Soweit staatliche Behörden nicht staatseigene Gebäude ganz oder teilweise innehaben, ist auch für deren angemessene Beflaggung zu sorgen. Wenn einzelne Gemeinden (Gemeindeverbände) im Besitz von besonderen Flaggen (z. B. in den Stadt- oder Provinzfarben) sind, können diese neben den Reichs- und Landesfarben gezeigt werden.

In den Schulen ist entweder am Samstag, dem 1. Oktober, oder am Montag, dem 3. Oktober, des Geburtstages in schlichten Feiern zu gedenken. Im Anschluß an diese Feiern fällt der Schulunterricht aus. Fällt der 1. oder 3. Oktober in die Schulferien, so ist die Schulfeier an einem anderen, dem 2. Oktober nächstgelegenen Schultag abzuhalten.

Abschiedsgesuch des Generals Reinhardt.

b Berlin, 19. Sept. **(Tel.)** Wie die „Vossische Zeitung" meldet, hat General Reinhardt, Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos II, der als Oberst der letzte preußische Kriegsminister war, sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es sei anzunehmen, daß dieses genehmigt wird.

Städtetag und Beamtenbesoldung.

b Berlin, 19. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, hat der Finanzausschuß des Deutschen Städtetages in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Städten zu empfehlen, sich wegen der Vorschußzahlungen an die Beamten zum 1. Oktober, die auf der Grundlage der neuen Besoldungsvorlage erfolgen sollen, dem Reiche anzuschließen. Der Beschluß wurde vorbehaltlich der Zustimmung des Hauptvorstandes des Deutschen Städtetages, der am Donnerstag in Magdeburg zusammentritt, gefaßt.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner.

b Berlin, 19. Sept. Die Tariforganisationen der Eisenbahner hatten in einem besonderen Schreiben mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse trotz der bis zum März 1928 infolge verbindlichen Schiedsspruches bestehenden Sätze eine Lohnerhöhung gefordert. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat nunmehr die Organisationen auf morgen vormittag zu einer Besprechung geladen.

Der Präsident von Liberia in Berlin.

Berlin, 19. Sept. **(Tel.)** Der Präsident von Liberia, King, ist heute nachmittag um 4,43 Uhr in Begleitung Baron Lehmanns, des liberischen Gesandten für Frankreich und Deutschland, sowie des Generalkonsuls Massaquoi, auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen. Erschienen waren als Vertreter des Reichspräsidenten Ministerialdirektor Köppke und als Vertreter des Auswärtigen Amtes der vortragende Legationsrat Horstmann sowie die Gesandtschaftsräte von Bülow und Holzhausen. Der in Urlaub weilende Generalkonsul Herrmanns aus Monrovia, hatte sich ebenfalls zum Empfang eingefunden. Präsident King, der sich voraussichtlich 3 bis 4 Tage in Berlin aufhalten wird, wird in den nächsten Tagen vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Telegramm des Papstes an die Görresgesellschaft.

Papst Pius XI., dem die Görresgesellschaft durch ihren Vorsitzenden, Geheimrat Finke, von der Mainzer Tagung ein Ergebenheitstelegramm gesandt hatte, ließ ihr durch Kardinalstaatssekretär Gasparri mit folgendem Telegramm seinen Dank aussprechen:

Die Bekundung der Liebe, die die in Mainz versammelte Görresgesellschaft dem Heiligen Vater übermittelt hat, hat derselbe gern entgegengenommen, spricht dafür seinen Dank aus und erteilt als Unterpfand der himmlischen Güter allen Teilnehmern der Mainzer Tagung in Liebe den Apostolischen Segen.

Kard. Gasparri.

Das Legionsfest in Paris.

w **Paris,** 19. Sept. **(Tel.)** Heute vormittag ist im Trocadero der Kongreß der amerikanischen Legion eröffnet worden. Der Eröffnungssitzung wohnte der Präsident der Republik, Doumergue, bei. Nach dem Pensionsminister, der die amerikanischen Legionäre im Namen der französischen Regierung begrüßte, sprach der amerikanische Militär-Attachee in Paris. Alsdann wurde eine Botschaft des Präsidenten Coolidge an die amerikanische Legion verlesen, in der an die herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern erinnert wird. Zu Beginn der Sitzung kam es übrigens zu einem Zwischenfall. Dem Sekretär des Anarchisten-Verbandes und des Komitees Sacco-Vanzetti, namens Lecoin, der in Khaki gekleidet war, gelang es, durch die Sperre in den Saal zu kommen. Er rief: Es lebe Sacco und Vanzetti, ließ sich aber dann ohne Widerstand festnehmen. Er wurde einem französischen Polizeibeamten übergeben.

Heute nachmittag setzte sich die amerikanische Legion zu einem Umzug durch die Hauptstraßen von Paris in Bewegung. Ein außerordentlich starkes Aufgebot von Militär und Polizei umsäumte die Straßen. Der Zug bewegte sich zum Grabe des unbekannten Soldaten, von dort zur Oper und weiter zum Stadthaus. Vor der Notredame-Kirche löste er sich auf. Nach dem „Paris Soir" haben an dem Umzug 12 000 Legionäre teilgenommen. Von Zwischenfällen ist nichts berichtet worden.

Belgisch-französische Militärallianz?

tu **Paris,** 19. Sept. Der Brüsseler Vertreter des „Journal des Debats" will auf Grund von Erkundigungen bei durchaus zuverlässigen Quellen wissen, daß zwischen dem französischen und belgischen Generalstab nunmehr eine völlige Uebereinstimmung über allegemeinsamen Sicherheitsmaßnahmen erzielt worden sei. Die belgische Kommission, die damit beauftragt sei, die Anwendung des Verteidigungssystems zu prüfen, habe, wie das Komitee Guillaumat in Frankreich, Beschlüsse gefaßt, deren erster sich auf die Schaffung einer neuen Festungsartillerie in Lüttich beziehe. Die Kommission habe weiter beschlossen, das Verteidigungssystem für das belgische Territorium derart dem französischen System anzupassen, daß die Verteidigungsanlagen in Belgien die Fortsetzung der französischen Verteidigungsanlagen darstellen. Aus derselben Quelle versichert man, der belgische Generalstab wehre sich kategorisch gegen die von den Sozialisten vorgeschlagene Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 6 Monate.

Das Ergebnis der irischen Wahlen.

‡ **London,** 19. Sept. Die Ergebnisse der irischen Landtagswahlen liegen nunmehr nahezu vollständig vor. Danach ist der Stand der Parteien folgender: Regierung 53, Unabhängige 11, Farmer 4, zusammen 68 Mandate für den Regierungsblock; de Valera 50, Arbeiterpartei 11, Nationale Liga 2, zusammen 63 Mandate für die Opposition. Damit verfügt der Regierungsblock bisher über eine Mehrheit von 5 Sitzen. Es erscheint zweifelhaft, ob diese Mehrheit sich durch die noch ausstehenden wenigen Mandate erhöhen wird. Von Regierungsseite ist bisher keinerlei Mitteilung darüber veröffentlicht worden, ob Cosgrave angesichts der wenig befriedigenden Ergebnisse der Wahl weiter im Amte bleiben werde. Auf englischer Seite wird das Ergebnis außerordentlich bedauert, da der irische Staat die Kosten der unbefriedigenden Wahl zu tragen haben werde in Form von hohen Zinsen für die unvermeidliche Anleihe.

Aus der Stadt.

Münster, 20. September.

Eine Ankörung deutscher Schäferhunde zur Zucht und für Sicherheitsdienstzwecke veranstaltete Sonntag die Ortsgruppe Münster des Vereins für deutsche Schäferhunde. Der Schützenhof sah eine Schar bester Rassehunde, die zur Ankörung angemeldet waren. Alle Tiere hatten bereits eine Prüfung bestanden. Hier galt es, auch die notwendigen Körperbeschaffenheiten zu besitzen, die zur Erzielung einer reinen und im Sicherheitsdienste gebrauchsfähigen Schäferhundrasse erforderlich sind. Die um 8 Uhr begonnene Arbeit der Körungskommission, die zum größten Teile unter andauerndem Regen verrichtet wurde, dauerte bis zum Nachmittag hin. Es wurden angekört: Rüden: Armin v. Burgstetten, Besitzer: H. Althoff-Münster ✶ Ajax v. Haggarden, Besitzer: A. Elbers-Burgsteinfurt ✶ Götz v. Lämmerpark, Besitzer: A. Weyck-Gronau ✶ Asko v. Strübenhorst, Besitzer: W. Schuh-Ibbenbüren ✶ Horst v. Loderhof, Besitzer: Dr. Wizigmann-Münster ✶ Harald v. Loderhof, Besitzer: H. Feldheim-Münster ✶ Moritz v. Drubbel, W. Juttermeister-Münster ✶ Alf v. d. Ruinen-insel, Besitzer: Arens-Coesfeld ✶ Greif v. d. Geinegge, Besitzer: Joseph Reiberg-Hövel. Hündinnen:: Distel v. d. Erka, Besitzer: B. Düesmann-Rheine ✶ Ada v. Mettingen, Besitzer: H. Michaelis-Ibbenbüren ✶ Christa v. d. Lippewacht, Besitzer: Anton Kramer-Dülmen ✶ Anni v. Wittenschlag, Besitzer: H. Köhler-Havixbeck ✶ Asta v. Wirbelturm, Besitzer: J. Köchling-Münster ✶ Dora v. d. Eichelhütte, Besitzer: H. Lohmeyer-Münster ✶ Gunda Nordstern, Besitzer: Fr. Potthoff-Münster ✶ Asta v. Tropperheim, Besitzer W. Juttermeister-Münster ✶ Erna v. Steinfurter Schloß, Besitzer: W. Lange-Burgsteinfurt ✶ Flora v. d. Geinegge, Besitzer: H. Blumendeller-Radbod ✶ Alma v. Haggarden, Besitzer: J. Kerkloh-Burgsteinfurt ✶ Blanka v. Eschebruch, Besitzer: B. Herden-Rheine ✶ Cilly v. Burfort, A. Holbeck-Dülmen ✶ Asta v. Merselderhof, Besitzer: H. Germemann-Dülmen — Balda v. d. Schwanenmühle, Besitzer: W. Hessel-Münster; Gerta v. Steinfurter Schloß, Besitzer: K. Heßling-Burgsteinfurt ✶ Edda v. Steinfurter Schloß, Besitzer: Jos. Reiberg-Hövel ✶ Danka v. Tugendbrunnen, Besitzer: Fr. Schulte-Beckum ✶ Edi v. Tiberstrand, Besitzer: H. Bremer-Dülmen. Anerkennung verdient die Körkommission, die bei der großen Anzahl gut geschulter Rassetiere ein Aufgabe zu bewältigen gehabt hat, die in diesem Rahmen fast beispiellos dasteht.

Aus der Grafschaft Bentheim.

⊙ **Schüttorf,** 18. Sept. (Der Turnverein Schüttorf von 1889) feierte am heutigen Sonntag sein Sommerfest, nachdem am vorletzten Sonntage ein Vereinswettschwimmen in der städtischen Flußbadeanstalt voraufgegangen war. Leider hatte das Fest unter der Ungunst des Wetters zu leiden. Die Wettkämpfe konnten in den Morgenstunden auf dem Festplatze (Waldschlößchen) wenigstens bei trockenem, wenn auch kühlem Wetter stattfinden. Wie sehr schon äußerlich die ständig wachsende Bedeutung des Turnvereins in die Erscheinung tritt, geht daraus hervor, daß annähernd 200 Turnerinnen und Turner an den Wettkämpfen teilnahmen. Nach einem völlig verregneten Festzug durch die Stadt marschierte der Verein zum großen Lindemannschen Saale, wo anstatt, wie vorgesehen, auf dem Festplatze, ein großangelegtes Schauturnen stattfand. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, Lehrers Hille, wechselten die exakt vorgeführten Übungen in bunter Reihenfolge miteinander ab. Die zahlreiche Zuschauerschar wurde überzeugt von dem sichtlich fortschreitenden Erfolg des Vereins unter seiner zielbewußten Leitung. Zum Schluß wurden zahlreiche Turnerinnen und Turner mit dem schlichten Eichenkranz belohnt.

Aus den Provinzen.

‡ **Ibbenbüren,** 20. Sept. (Verschiedenes.) Aus Anlaß des 80jährigen Geburtstages des Reichspräsidenten veranstaltet der hiesige Kriegerverein in Verbindung mit dem Turnverein, Gesangverein und Musikverein am 1. Oktober im Lengermannschen Saale eine große vaterländische Kundgebung. — Während der Tagzeit entwendeten Diebe aus der Behausung des Bergmanns Blom in Lehen einen größeren Geldbetrag. Der Diebstahl wurde ausgeführt in dem Augenblick als die Hausfrau auf 5 Minuten zum Nachbar gegangen war. Verdachtsgründe liegen vor. — Die hiesige Berginspektion, welche der „Preußag" angehört, schafft zur besseren und größeren Gewinnung von Kohle große und moderne Anlagen, wie sie kaum im Industriegebiet vorhanden sind. Mit Errichtung der Gebäulichkeiten ist man zurzeit stark beschäftigt. Eine besondere Vollspurbahn, welche vom Oeynhausenschacht zum Bahnhof Püsselbüren führt, geht in einigen Monaten der Vollendung entgegen. Man rechnet damit, daß in Jahresfrist alles fertiggestellt ist. Wie wir hören, sollen dann 2000 Arbeiter neu eingestellt werden, die dann in noch zu errichtenden Arbeiterkolonien untergebracht werden sollen.

≙ **Haltern,** 19 Sept. (Kreuzerhöhungsfeier.) Die am Vorabend vor Kreuzerhöhung veranstaltete Lichterprozession durch die Stadt war durch die Ungunst der Witterung stark beeinträchtigt. Zwar erstrahlten das Kruzifix am Mühlentor, das Annabild am Rekumertor und das Kreuzbild an der Lavesumer Straße in herrlichstem Lichterschmucke, aber die Beteiligung der Männer an der Prozession wäre zahlreicher gewesen, wenn nicht Rengenschauer in den vorhergehenden Stunden niedergegangen wären. Auch der Festtag selbst litt unter der schlechten Witterung. Trotzdem hatten sich aus den benachbarten Ortschaften nach alter Sitte viele Einzelpilger zur Verehrung des hl. Kreuzes eingefunden. Während des Umzugs mit dem Kreuze über den Großen Kreuzweg, der etwa 1½ Stunden dauerte, brach ein schweres Gewitter aus, das von starken Regengüssen begleitet war. Auch der Schluß des Tages war nicht vor Regengüssen frei. Die ältesten Leute erinnern sich nicht, einen so verregneten Kreuzerhöhungstag mitgemacht zu haben.

⊙ **Erkenschwick,** 18. Sept. (Beendigung des Schulstreiks.) Die freie Elternvereinigung hat nach 1½jährigem Schulstreik beschlossen, den Streik abzubrechen und die Kinder wieder den bestehenden Schulen zuzuführen. Die meisten Eltern folgten der Parole der Streikaufgabe und brachten die Kinder am ersten Schultag nach den Ferien wieder zur Schule zurück. Ein ganzes Jahr lang, von Ostern 1926 bis 1927 hatten diese Kinder überhaupt keinen Unterricht genossen. Nach Ostern 1927 meldeten viele Eltern ihre Kinder ab und schickten sie in die weltliche Sammelklasse nach Datteln und anderen Orten. Die Kinder haben den größten Schaden davon. Sie sind alle ein Jahr zurückgeblieben, und diejenigen Kinder, die Ostern 1927 hätten zur Entlassung kommen müssen, sind nach einer Verfügung der Regierung, die gezwungen war, in den Schulkampf einzugreifen, bis Ostern 1928 schulpflichtig.

41. Westfälischer Philologentag.

Bielefeld, 18. September.

An der wie immer stark besuchten Tagung der westfäl. Philologen in der Ressource in Bielefeld nahmen, was als Zeichen des Interesses der verschiedenen Körperschaften gelten darf, Vertreter der Universität Münster (Prof. Schoene), des Provinzial-Schulkollegiums (Geheimrat Schwarz), der Städte Bielefeld und Münster (Oberbürgermeister Dr. Stapenhorst, Stadtschulrat Prof. Linneborn), des Preußischen Landtags (die Abgg. Prof. Hoffmann und Baumhoff) und als Ehrenmitglieder Geheimrat Werra und die Professoren Schappe und Höpker u. a. teil. In den Begrüßungsansprachen kam die Interessengemeinschaft zwischen Schule, Lehrerstand und den genannten Körperschaften betont zum Ausdruck. Die brennendste Tagesfrage der Besoldungsreform hatte in Dr. Bohlen, dem Leiter der Tagung, einen berufenen, sachkundigen Berichterstatter, der das immer noch bestehende Besoldungsunrecht an den höheren Beamten und die Irreführung der Öffentlichkeit in diesem Punkte feststellte.

Der Höhepunkt der Hauptagung war zweifellos Dr. Behrends Rede über die höhere Schule im Volksganzen. Der Berliner Oberstudiendirektor, der der zweite Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes ist, stellte in diesem hochbedeutsamen Vortrag eine Reihe von Fragen und Vorwürfen um die höhere Schule und das Bildungswesen richtig und ins klare Licht, so das soziale Problem der Berufswahl, den ganzen Prozeß der Entwicklung, des Aufstiegs der Stände, das Anwachsen der Schülerzahl namentlich aus ländlicher und Arbeiterbevölkerung, durch Aufhebung der Seminarien und Präparandien, insolge Schulgeldermäßigung, Freistellen usw. Der Vorwurf der „Standesschule" ist ganz unberechtigt. Breite Schichten haben Interesse an der höheren Schule, weil ihre Kinder sie besuchen. Aber rein kaufmännische und materialistische Auffassung verkennt den Wert der Bildungsarbeit für das Volksganze und die Zukunft der jungen Menschen. Der steigende Bedarf an gut vorgebildeten Kräften aber züchtet ein Berechtigungswesen mit erhöhten Anforderungen. Die Leistungen der höheren Schule sind in den letzten Jahren ebensowenig wie die der Volksschule zurückgegangen, sondern wesentlich besser geworden. Nur Unkenntnis und Vorurteil (auch auf falscher Statistik aufgebaut) könne das bestreiten. Aber im Interesse des Volksganzen, der Jugend, ihrer Eltern des Lehrerstandes und der Unterrichtsverwaltung liegt eine Klarstellung der Gründe dieser Vorwürfe und Vorurteile gegen die höhere Schule, ihre Leistung und ihren Umfang, wie Dr. Behrends sie so schlagend sachlich erledigte.

Dr. Bohlen wies im Anschluß auf die in Vorbereitung befindliche Monographie über das westfälische Schulwesen hin.

Die Hauptversammlung nahm nach voraufgegangenen Beratungen folgende Entschließungen zu Fragen der Besoldungsreform, Weiterbildung, Anstellungsverhältnisse, Pflichtstundenzahl usw. an.

Besoldung.

Der Westfälische Philologenverein muß mit Bedauern feststellen, daß die bisher bekannt gewordenen Zahlen über die Besoldungsreform bei unseren Mitgliedern wie bei der Gesamtheit der höheren Beamten tiefste Enttäuschung ausgelöst haben. Ein Festhalten der höheren Beamten auf weniger als 80 Prozent ihres Friedensrealgehaltes bedeutet eine Verewigung des den oberen Besoldungsgruppen zugefügten Besoldungsunrechts. Da mit dieser Besoldungsreform für Jahre hinaus Beruhigung geschaffen werden soll, muß diesmal auch der höheren Beamtenschaft ihr Recht werden. Eine Erhöhung des vorgesehenen Endgrundgehalts der Normalgruppe der höheren Beamten auf 90 Prozent des Friedensrealgehalts ist eine Mindestforderung, von der nicht abgegangen werden kann. Der Philologentag spricht die Hoffnung und Erwartung aus, daß für die Bemessung des Gehalts der höheren Beamten das Friedensrealgehalt zugrunde gelegt und die Öffentlichkeit nicht durch irreführende Prozentzahlen getäuscht wird. Die bisher vorliegenden Unterlagen lassen noch kein Urteil darüber zu, ob die Eingruppierung der Philologen in das neue Besoldungssystem nach denselben Grundsätzen erfolgt wie bei den übrigen höheren Beamten. Der Philologentag erwartet, daß auch die über die Normalgruppe hinausführenden Gruppen den Philologen in demselben Maße zugänglich gemacht werden wie den höheren Beamten anderer Berufsgruppen und die Gleichstellung der Philologen auf jeder Besoldungsstufe unbedingt gewahrt wird.

Überbürdung der Philologen.

Der Philologentag stellt mit Bedauern fest, daß die nach den wiederholten Erklärungen des Kultusministers und des Parlaments untragbare Überbürdung der Philologen bisher in keiner Weise behoben ist, und erwartet, daß bei den nächsten Etatsberatungen im Landtag die Mittel bewilligt werden, die zu einer Herabsetzung der Pflichtstundenzahlen und der Klassenfrequenzen notwendig sind. Der Philologentag erblickt in dem Kampf gegen die Überbürdung eine der wesentlichsten Aufgaben der Berufsorganisation und fordert alle Kollegen auf, den Verband durch Beschaffung der unentbehrlichen statistischen Unterlagen hierbei zu unterstützen. Von allen für die höhere Schule verantwortlichen Stellen wird erwartet, daß sie auf die zu ihrer Kenntnis gelangenden ungünstigen Auswirkungen der Überbürdung mit Nachdruck hinweisen. Der Philologentag kann sich den Folgen nicht verschließen, die sich aus der jetzigen Überbürdung ergeben. Freudige Mitarbeit an einer zeitgemäßen Umgestaltung des höheren Schulwesens hat zur Voraussetzung, daß den Philologen die Möglichkeit zu einer vertieften Berufsarbeit zurückgegeben wird.

Anstellungsverhältnisse im höheren Schulwesen.

Der Philologenverein verfolgt seit Jahren mit Besorgnis, wie zum Schaden des höheren Schulwesens die Zahl der Hilfskräfte ständig zunimmt. Die Folge ist eine erschreckende Überalterung der Assessoren und eine durch den häufigen Wechsel und die unsichere Lage der Hilfskräfte bedingte Unstetigkeit im höheren Schulwesen. Nur durchgreifende Maßnahmen können hier Wandel schaffen. Der Philologentag fordert daher erneut nachdrücklichst sofortige Besetzung der freien Planstellen und Schaffung neuer Stellen in einem Umfange, der dem starken Steigen der Schülerzahl in der Nachkriegszeit Rechnung trägt und das alte Verhältnis 13:1 wiederherstellt.

Fortbildungskurse.

Der Philologenverein hält es für notwendig, daß für die Teilnahme an Fortbildungskursen auch bei den staatlichen Anstalten Mittel in die Anstaltsetats eingestellt werden müssen.

Beitragsfestsetzung.

Ab 1. Oktober 1927 beträgt der Beitrag der vollzahlenden Mitglieder monatlich 2 Mark.

Den gesellschaftlichen Rahmen der Verhandlungen bildete ein Begrüßungsabend auf dem Johannisberg, an dem Prof. Hartwig das Ravensberger Land und Bielefeld im Lichtbildvortrag schilderte, gemeinsame Tafel und ein Gang zur Sparenburg.

Vermischtes.

* **Überraschende Haussuchung in den Riebe-Kugellager-Werken.** Berlin, 19. Sept. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei über das Abhandenkommen von Plänen und Konstruktionszeichnungen bei der S. K. F. Norma G. m. b. H. Kugellagerfabrik in Stuttgart haben heute zu einer Haussuchung bei der Riebe-Werk A.-G. für Kugel- und Rollenlager in Berlin Weißensee geführt. Es wurden Zeichnungen und Berechnungen der Stuttgarter Firma entdeckt und beschlagnahmt. Die vorgenommene Haussuchung führte zur Verhaftung eines Betriebsleiters, eines Werkleiters und eines Werkzeugmachers. Sie haben früher in der Stuttgarter Firma gearbeitet und sollen die Pläne selbst mitgebracht, zum Teil über die Schweiz besorgt haben. Im Riebewerk wurden nachmittags die Durchsuchungen fortgesetzt. In Stuttgart selbst sind in dieser Angelegenheit bisher 5 Personen verhaftet worden. Die Direktion der Riebewerk A.-G. in Berlin-Weißensee teilt mit: Heute früh erschienen in unseren Fabrik- und Geschäftsräumen die Kriminalpolizei begleitet von einer größeren Anzahl von Herren der Kugellagerfabrik S. K. F. Norma in Stuttgart, mit der wir seit unserem Austritt aus der Konvention in schärfstem Wettbewerb stehen. Es erfolgte eine vollständige Durchsuchung unserer Räume und Betriebe. Wir warten das Ergebnis der Untersuchung in Ruhe ab. Der Betrieb geht in normaler Weise weiter.

* **Schwere Pilzvergiftung in Wriezen.** Frankfurt a. d. Oder, Im Krankenhaus starben 4 Angehörige einer Familie infolge Vergiftung durch selbstgesammelte Pilze. 2 weitere Angehörige der Familie liegen noch schwer krank darnieder und an ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

* **Eröffnung des Achensee-Kraftwerkes.** Innsbruck, 19. Sept. Heute vormittag wurde das Achensee-Kraftwerk durch den österreichischen Bundespräsidenten Hainisch im Beisein zahlreicher Ehrengäste feierlich eröffnet.

Ein Autobus von einer Lokomotive erfaßt.

4 Tote, 15 Verwundete.

tu **Berlin,** 19. Sept. (Tel.) **Nach einer Abendblättermeldung aus Prag wurde gestern abend auf der Strecke Lundenburg in Mähren ein vollbesetzter Autobus an einem nicht gesicherten Bahnübergang von einer rangierenden Lokomotive erfaßt und völlig zertrümmert. Keiner der Insassen des Autos blieb unverseht; drei wurden gänzlich zerstückelt, ein vierter starb auf dem Transport ins Spital. Fünf Personen wurden lebensgefährlich, zehn leichter verletzt.**

Nachmittags war es bereits bei Julienfeld (Strecke Brünn—Tischnowitz zu einem Zusammenstoß zwischen einem mit Kindern vollbesetzten Lastauto und einem Güterzug gekommen, wobei der 15jährige Bruder des Chauffeurs und eine ganze Reihe der zum Ausflug fahrenden Kinder schwer verletzt wurden.

✣

Ein Auto vom Zuge erfaßt. — 3 Tote 2 Schwerverletzte.

w **Hannover,** 19. Sept. (Tel.) **Die Reichsbahndirektion Hannover teilt mit: Heute gegen 14 Uhr 30 Minuten überfuhr der D-Zug der Strecke Bremen—Wunsdorf kurz vor Wunsdorf einen Personenkraftwagen, von dessen Insassen 3 getötet und 2 schwer verletzt wurden. Alle Getöteten und Verletzten stammen aus Hannover-Linden.**

Luftfahrt.

Start zum ersten amerikanischen Flugzeugderby.

Newyork, 19. Sept. Auf dem Flugplatz Rooseveltfield erfolgte heute der Start eines Teiles der Teilnehmer an dem ersten amerikanischen Flugzeugderby. Es starteten 26 Flugzeuge der Klasse A. An Bord der Flugzeuge befinden sich außer den Führern je zwei Passagiere. Der Flug geht über 2300 Meilen in 10 Etappen nach Spokane im Staate Washington. Als erster Preis sind 5000 Dollar ausgesetzt. Morgen erfolgt der Start der Flugzeuge der Klasse B. Führer und ein Passagier.

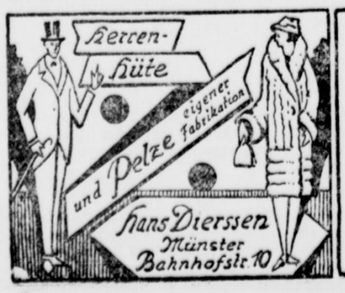
Kopenhagen-Hamburger Verkehrsflugzeug abgestürzt.

Sechs Verletzte.

tu **Kopenhagen,** 19. Sept. **(Tel.)** Kurz nach dem Start stürzte hier das Verkehrsflugzeug Kopenhagen-Hamburg ab und verbrannte. Der Pilot wurde schwer verletzt, während die fünf Insassen mit leichteren Verletzungen davonkamen.

Ein weiterer Sieg Dr. Peltzers in Paris.

≙ **Paris,** 19. Sept. Am zweiten Tage der internationalen Leichtathletikwettkämpfe im Stadion Colombes bei Paris gelang es Dr. Peltzer, den französischen Meister Martin über die Strecke von 400 Metern abermals einwandfrei zu besiegen. Er gewann das Rennen sicher in 48,8 vor Martin und Feger.



Elektr. Licht- und Kraftanlagen
Beleuchtungskörper
K. JANSEN NORBERTSTR. 22

Vollautomatische
Telefon-Anlagen
für Behörden
Industrie
Privathäuser
Landw. Betriebe
Westfälische Telefon-Gesellschaft m.b.H.
Münster i.W. Industriestr. 1 Hafenstr. 46



Kohlen
Koks · Briketts · Grude
Holz · Torf · Torfstreu
Torfmull
Alleinvertrieb von Langenbrahm Anthrazit.
W. Randebrock Wwe.
Clemensstr. 33 · Am Mittelhafen 28
Fernruf: 3 u. 3408 • Gegründet 1879

Die gute Tasse Kaffee
nur bei Ostermann
Telefon 24 u. Am Drubbel, Roggenmarkt 15